

INTERVIEW Martin Schulz, SPD-Fraktionschef im Europaparlament, warnt vor einem Raketenabwehrschild der USA

»Die EU ist vom Spaltpilz bedroht«

REUTLINGEN. Martin Schulz, Fraktionschef der Sozialdemokraten im Europaparlament, warnt vor einer Spaltung Europas. Die Gefahr dafür sieht er in dem von den USA geplanten Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien begründet. Schulz wendet sich auch gegen eine zusätzliche Erweiterung der EU ohne vorherige Reformen. Am Rande einer Veranstaltung der European School of Business stellte er sich den Fragen von GEA-Redakteur Roland Bengel.

GEA: Wir haben seit über 50 Jahren Frieden in Europa, dazu einen beachtlichen Wohlstand. Wem gebührt der größte Anteil an dieser Erfolgsgeschichte?

Martin Schulz: Die Gründerväter und Gründermütter der EU haben daran den größten Anteil. Das waren Männer und Frauen, die aus ihren Kriegserfahrungen heraus den Entschluss gefasst haben, das Misstrauen durch einen gegenseitigen Vertrauensvorschuss zu überwinden. Über den Gräbern der Kriege hinweg war das ein Riesensexperiment. Das hätte scheitern können.

Trotz aller Erfolge: Was muss konkret getan werden, damit die Europäische Union auch in den Herzen der Menschen ankommt?

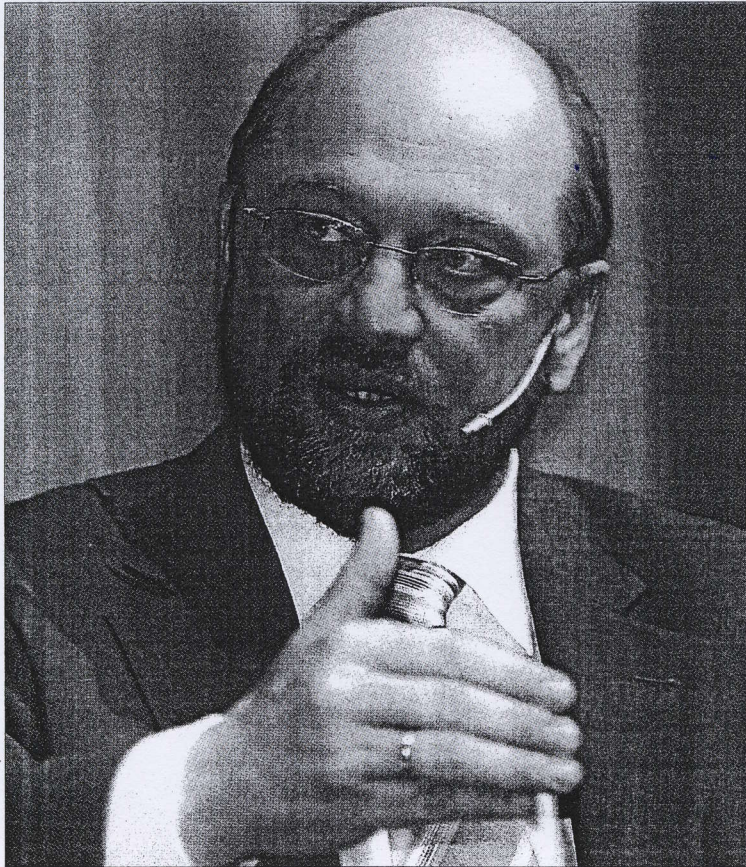
Schulz: Zwei Dinge sind unverzichtbar. Die Menschen fragen heute nach den Werten. Diese Werte müssen wir erkennbar machen. Der Hauptwert ist für uns, dass sich wirtschaftlicher Fortschritt immer mit sozialer Gerechtigkeit kombinieren muss. Wir müssen zudem die Menschen gegen das Globalisierungsrisiko absichern. Wir müssen darüber hinaus der Gefahr entgegenwirken, dass durch das Verblässen des Grauens Nachlässigkeit gegenüber dem Wert des Friedens besteht. Wenn die Menschen erkennen, auf welcher Insel wir hier leben, werden wir auch die Herzen der Menschen gewinnen.

Die EU hat keine Verfassung. Kann der schwere Dampfer Europa flott gemacht werden, indem man sich mit »Erklärungen« und »Bekanntnissen« um den Begriff »Verfassung« herumogelt?

Schulz: Ich glaube nicht, dass wir uns um den Begriff »Verfassung« herumogeln. Aber wir müssen eines sehen: Der Verfassungsentwurf wird nicht Wirklichkeit werden. Das ist so, damit müssen wir uns abfinden. Er wird auch deshalb nicht Wirklichkeit werden, weil viele Menschen Angst vor dem Begriff »Verfassung« haben. Sie glauben, dahinter steckt der Superstaat. Deshalb wird der neue Vertrag nicht Verfassung heißen. Das Etikett ist nicht wichtig, sondern der Inhalt. Bis zum Jahr 2009 müssen wir den Vertrag haben. Die zeitliche Vorgabe löst einen heilsamen Druck aus.

Sehen Sie zur Verwirklichung des Vertrages eine gute Chance?

Schulz: Eine gute Chance sehe ich nicht, aber eine Chance. Es gibt Risiken, die



Martin Schulz: Die EU ist gegenwärtig nicht erweiterungsfähig.

FOTO: TRINKHAUS

zum Beispiel in den Personen der polnischen und tschechischen Staatschefs begründet liegen. Denen müssen wir allerdings ganz klar sagen, dass es ohne Verfassungsvertrag und ohne Reformen in der EU keine Erweiterungen gibt. Denn je mehr die EU ohne Reformen erweitert wird, desto handlungsfähiger wird sie.

»Für die EU-Verfassung ist das Etikett nicht wichtig, sondern der Inhalt«

Die US-Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Polen und Tschechien haben scharfe Kritik hervorgerufen. Sehen Sie darin die Gefahr einer Spaltung Europas?

Schulz: Ja. Ich sehe sogar eine dreifache Gefahr. Erstens ist Europa vom Spaltpilz bedroht. Zweitens sehe ich einen Widerspruch darin, Russland durch das Raketenabwehrsystem zu provozieren, obwohl man dieses Land zur Lösung der angeblichen Bedrohungs-Quelle, nämlich Iran, braucht. Dieser Bushdoktrin sollten wir nicht folgen. Zum Dritten: Der Installation solcher Raketenabwehrsysteme folgt, dass die bedrohten Länder so viele Raketen bauen werden, damit das Abwehrsystem nicht alle abfangen kann. Dies

würde wiederum ein Abwehrsystem nötig machen, das die zusätzliche Zahl von Raketen abfängt. Dadurch würde also eine Rüstungsspirale ausgelöst, die so viel Geld kostet, wie man zur Bekämpfung der Ursachen von Terrorismus ausgeben müsste.

Was entgegnen Sie einem Kritiker, der Europa nur als bürokratisches Monster wahrnimmt?

Schulz: Dem entgegne ich, dass er teilweise Recht hat. Dem sage ich aber auch, dass er genau hingucken muss, bevor er solche Pauschalierungen benutzt, weil sie nicht immer richtig sind. Ein Beispiel: Die Richtlinie für die Gewässerreinigung in der EU hatte 30 Seiten. Die Durchführungsbestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen und des Regierungsbezirks Köln für die Anwendung der Richtlinien hatten über 200 Seiten. Bevor sich jemand zur Monsterabteilung nach Brüssel aufmacht, sollte er also zuerst zu seiner Stadt- oder Kreisverwaltung gehen, die eventuell diese Richtlinien maßlos aufbauschen.

Wie lange brauchen die Europäer noch, bis sie auch nach außen mit einer einheitlichen Stimme sprechen, beispielsweise über einen europäischen Außenminister?

Schulz: Wenn wir uns in Europa weiterhin teilen lassen, brauchen wir noch lange. Der Außenminister war in der Verfas-

sung vorgesehen. In dem jetzt revidierten Verfassungsentwurf muss der Außenminister geregelt sein, weil wir sonst eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik vergessen können.

Was halten Sie von einer europäischen Armee?

Schulz: Ich habe den Vorschlag von Frau Merkel zur Kenntnis genommen. Ich schlage aber vor, dass wir zunächst die nicht erfüllten Hausaufgaben machen, danach können wir über weitere Schritte reden.

Die erfolgte Erweiterung der EU widerspricht der gewünschten Vertiefung und Integration der EU-Mitgliedsländer. Wie kommen wir aus dieser Zwickmühle heraus?

Schulz: Indem wir jetzt nachholen, was fehlt. Ursprünglich war als Strategie zuerst die Vertiefung und dann die Erweiterung vorgesehen. Unter dem historischen Druck konnte man die Erweiterung jedoch nicht hinausschieben. Also wurde zur EU-Erweiterung parallel die Vertiefung angestrebt. Dazu bedurfte es aber einer EU-Verfassung, die leider gescheitert ist.

Keine Erweiterung ohne Reformen – was bedeutet das bezogen auf eine Aufnahme der Türkei in die EU?

Schulz: Die Europäische Union ist gegenwärtig nicht erweiterungsfähig. Deshalb gibt es vorläufig keine Erweiterungen mehr. Wir sind mit den 27 Staaten in der EU auf der Grundlage des Nizzavertrages am Ende. Die EU ist andernfalls nicht mehr handlungsfähig. Das haben wir in den vergangenen Jahren gesehen. Die EU kann sich in der Regel auf nichts mehr einigen, nicht einmal auf minimalste Dinge. Eine Ausnahme war der jüngste Klimagipfel. Das war ein internationaler Erfolg. Schauen sie sich nur die Hängepartien davor an. In einer Union mit 27 Staaten, bei der jeder sein Veto einlegen kann, geht nichts mehr.

Schließen Sie in absehbarer Zeit damit auch eine Aufnahme von Kroatien in der EU aus?

Schulz: Meine Antwort ist eindeutig: Ohne Reformen kann es keine Erweiterung geben. Das gilt für die Türkei, das gilt ebenso für Kroatien.

Wo sehen Sie die größten Gefahren für die Europäische Union?

Schulz: Dass in der Güterabwägung zwischen kurzfristigem nationalen, häufig wahlkampfbetonten Interessen und langfristigen Strategien zu oft kurzfristig entschieden wird. Es macht sich immer gut, zu Hause gegen die EU zu wettern, um anschließend als Staatsmann nach Brüssel zu fahren. Wir müssen erkennen: Europa ist gegenüber den USA, China und Indien ein kleiner Kontinent. Wenn sich dieser kleine Kontinent Europa durch kleinste Partikularinteressen in seine Einzelteile zerlegen lässt, dann haben wir gegenüber diesen Konkurrenten keine Chance. (GEA)